

Breslauer Zeitung.



Zeitung.

Biwöchentliches Abonnementstr. in Breslau 1½ Thlr., Wochen-Abonnement, 5 Sgr., außerhalb pro Quartal incl. Porto 2½ Thlr. — Infanteriegekör für den Raum einer jedotheiligen Zeile in Zeitung 2 Sgr., Reklame 5 Sgr.

Erscheint: Herrenstraße Nr. 20. Auferden übernehmen alle Post- und Paket-Befehlungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 494. Mittag-Ausgabe.

Fünfundfünzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trenwendt.

Verordnung, betreffend die Einberufung des Reichstags.
Vom 20. October 1874.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen u. c.,

verordnen auf Grund des Artikels 12 der Verfassung des Deutschen Reichs, im Namen des Reichs, was folgt:

Der Reichstag wird berufen, am 29. October d. J. in Berlin zusammenzutreten, und beauftragen wir den Reichskanzler mit den zu diesem Zwecke nötigen Vorbereitungen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und bei gedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Berlin, den 20. October 1874.

(L. S.)

Wilhelm.
Fürst v. Bismarck.

Bekanntmachung.

Mit Bezugnahme auf die in Nr. 23 des Reichs-Gesetzblatts verhüttete Kaiserliche Verordnung vom 20. October d. J., durch welche der Reichstag berufen ist, am 29. October d. J. in Berlin zusammenzutreten, wird hierdurch bekannt gemacht, daß die Benachrichtigung über den Ort und die Zeit der Eröffnungs-Sitzung in dem Bureau des Reichstags, Leipzigerstraße Nr. 4, am 28. October in den Stunden von 9 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends und am 29. October Vormittags von 8 Uhr ab offen liegen wird.

In diesem Bureau werden auch die Legitimationskarten für die Eröffnungs-Sitzung ausgegeben und alle sonst erforderlichen Mittheilungen in Bezug auf dieselbe gemacht werden.

Berlin, den 20. October 1874.

Das Reichskanzler-Amt.
Delbrück.

Deutschland.

Berlin, 21. October. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Kirchspielsvogt von Sievers zu Bramstedt im Kreise Segeberg den Roten Adler-Orden vierter Classe; dem praktischen Arzt, Operateur und Geburts-Helfer, Dr. Heinrich Gottlieb Schneider zu Magdeburg, den Königlichen Hohen-Orden dritter Classe; dem Revierförster Zimmermann zu Cäselow im Oberförsteramt Gramow, Regierungsbüro Potsdam, den Königlichen Hohen-Orden vierter Classe; dem Schulrektor Thomas zu Lauch im Kreise Lübeck und dem Lehrer Werner zu Langendorf bei Weißensee den Adler der Jubaher des Königlichen Haussordens von Hohenzollern; sowie dem Grenadier Bilgocz, im Königlichen Grenadier-Regiment (2. Westpreußischen) Nr. 7, die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der König hat den Ersten Appellationsgerichts-Präsidenten Breitkopf zu Marienwerder in gleicher Eigenschaft nach Naumburg a. S. bestellt, sowie den Appellationsgerichts-Vice-Präsidenten Ulert in Posen zum Ersten Präsidenten des Appellationsgerichts in Magdeburg, den Appellationsgerichts-Vice-Präsidenten Fehm. v. Glaußig in Glogau zum Ersten Präsidenten des Appellationsgerichts in Marienwerder, und den Vice-Präsidenten des Appellationsgerichts zu Insterburg, Geheimen Ober-Justizrat Mager, zum Ersten Präsidenten dieses Gerichtshofes; den Regierungs-Rath Dödillet zu Cumbinnen zum Ober-Regierungsrath und Regierungs-Abteilungs-Direktor; den unter Übertragung der Funktion als Abteilungs-Direktor an das Kreisgericht in Wohlau derzeitigen Kreisrichter Grüning zu Landeck an Schl. zum Kreisgerichts-Rath ernannt; und dem Staatsanwälts-Gebülfen Hoppe zu Königsberg i. Pr. den Charakter als Staatsanwalt verliehen.

Berlin, 21. Octbr. [Se. Majestät der Kaiser und König] haben heute die Vorträge des Militär- und des Civil-Cabinets, enthalten den Oberst-Kämmerer Grafen Niedern, sowie Alerhöftlöhren Flügel-Adjutanten, Chef des Generalstabes des X. Armee-Corps, Obersten Graf Waldersee, und nahmen militärische Meldungen entgegen. Im allerhöchsten Gefolge Sr. Majestät auf der Reise nach Ludwigslust werden sich die Flügel-Adjutanten Oberst Graf Lehndorff und Major von Winterfeld, sowie der Leibarzt, General-Arzt Dr. von Lauer, befinden.

(Reichskanzl.)

= Berlin, 21. October. [Die Etats. — Medicinal-Staatskasse.] Der Umstand, daß der Präsident Delbrück Seiner Majestät dem Kaiser gestern den Antrag unterbreitet hat, den Reichstag am 29. hui. zu berufen, beweist, daß bezüglich des Militär- und Marine-Etats nunmehr zwischen dem Reichskanzleramt und den Ressorts-Chefs die ausstehende Vereinbarung erfolgt ist. Die Bertheilung dieser rückläufigen Etats wird noch im Laufe dieser Woche erfolgen, die Durchbertheilung in den Ausschüssen jedoch nicht mehr bis zum Zusammenbruch des Reichstages zu ermöglichen sein. Die bisher erschienenen Gruppen des Etats sind in den Ausschüssen durchberaten und ohne Abänderung angenommen worden. Das Reichsbudget also wird dem Reichstage wenigstens bei seinem Zusammentritt noch nicht vorgelegt werden, doch wird es nicht lange auf sich warten lassen. Der Ausbau des provisorischen Reichstagsgebäudes ist übrigens schon seit 8 Tagen beendet. Der Präsident des Reichstages v. Forckenbeck hat denselben bereits abgenommen. — In vielen Blättern ist mitgetheilt worden, daß in dem Reichshaushalt für 1875 auch eine Summe für die event. einzufügende permanente Reichstags-Commission zur Berathung der Zuständigkeitsausgeworfen sei. Dies beruht, wie wir von verlässigster Stelle erfahren, auf vollständigem Irrthum und wahrscheinlich auf Verwechslung mit den allerdin g angewiesenen Mitteln zur Besteitung der Kosten für die Reichscommission, welche das Civilgesetztag zu bearbeiten hat. Von jener einzufügenden permanenten Reichscommission war überhaupt noch nicht die Rede im Bundesrathe, noch im Reichskanzleramte. — Die Reichscommission für Medicinal-Staatskasse hat gestern ihre Sitzungen beendet, die auswärtigen Mitglieder sind abgereist, die in Berlin wohnenden werden sich der Redaktion des zu erstattenden Berichts unterziehen. Der letztere zerfällt in 8 Abschnitte welche betreffen: 1) Die Heilpersonen, 2) Apotheken, über welche hier zum ersten Male eine vollständige Statistik erscheinen soll, 3) ärztliche und pharmaceutische Vereine, 4) Heilanstalten, über deren Bestand von 5 zu 5 Jahren Erhebungen stattfinden sollen, 5) Bewegung des Krankenbestandes in den Heilanstalten mit Unterscheidung der Krankheits- und Todesursachen, worüber jährlich Aufnahmen erfolgen sollen, 6) Allgemeine Mortalität mit Unterscheidung der Todesursachen, 7) Leipziger-Gesetz mit vollständigem Entwurfsvorschlag, 8) Morbidität und Mortalität bei einzelnen Hauptberufszweigen und Klassen der Bevölkerung mit besonderer Rücksicht auf Knapschafts-Kassen, gewerbliche Hilfskassen, Reichspost, deutsche Eisenbahnen, Lebensversicherungen, Unfallversicherungen. Der Bericht wird an das Reichskanzleramt übermittelt und ist danach weiteren Beschlüssen desselben über die Einrichtung einer Reichs-Medicinalstatistik entgegen zu sehen.

[Zur Reichstags-Session] schreibt die offizielle „Prov. Correspondenz“:

Der deutsche Reichstag ist durch kaiserliche Verordnung auf den 29. d. M. zur ordentlichen Session nach Berlin einberufen. Se. Majestät der Kaiser gedenkt Allerhöftselbst die Eröffnungsfeier abzuhalten.

Die Berufung des Reichstags ist um einige Wochen später erfolgt, als nach allseitigem Wunsche früher in Aussicht genommen war. Der Aufschub ist durch die unvermeidliche Verzögerung der vorbereitenden Arbeiten innerhalb der Reichsbehörden und des Bundesrathes veranlaßt worden. Es bedarf kaum der Berücksichtigung, daß auf jener Seite selbst die Hinauschiebung der Session schmerzlich empfunden worden ist und daß man sich dazu nur in der Überzeugung entschlossen hat, daß es für eine zweckmäßige und förderliche Vertheilung der parlamentarischen Arbeiten und somit für den Gesamtverlauf der Session von wesentlichem Vortheil ist, daß dem Reichstag die wichtigen Vorlagen alsbald bei seiner Vereinigung übergeben werden können.

Die neue Session wird für ihre Aufgaben allerdings auf einen verhältnismäßig kurzen Zeitraum hingewiesen sein, da der preußische Landtag verfassungsmäßig spätestens zum 15. Januar berufen werden muß, ein gleichzeitiges Tagen der beiden Parlamente aber im beiderseitigen Interesse zu vermeiden sein wird.

Die Aufgaben aber, welche des Reichstags harren, sind auch diesmal manigfach und von großer Bedeutung: einerseits die Feststellung des Reichshaushalt-Etats und dabei zum ersten Male seit der Errichtung des Norddeutschen Bundes eine Berathung und Feststellung der einzelnen Ausschäben der Militärverwaltung, also des bei Weitem umfassendsten Verwaltungszweiges des Reichs, andererseits die Berathung der großen Justizfälle für das Deutsche Reich, sowie einer Reihe von anderen wichtigen Vorlagen, unter welchen der Gesetzentwurf über das Bankwesen von dringender Bedeutung ist.

So umfassend diese Aufgaben sind, so wird der Reichstag doch im Verein mit den Bundesregierungen an die Behandlung derselben gewiß mit dem ernsten Willen gehen, dieselben, wenn irgend möglich, innerhalb der offestehenden Frist annähernd zum Abschluß zu bringen.

Diese Zuversicht findet eine Stütze in den Erwagungen über die Natur einiger der wichtigsten Aufgaben.

Die Berathung des Militärhaushalt, so viele Erörterungen an an dieselbe gefüllt werden können, wird doch ihren festen Halt und eine naturgemäße innere Schranke an den bereits anerkannten Grundlagen unseres Heereswesens, sowie an der auch vom Reichstage wiederholt und noch in der jüngsten Session anerkannten strengen Gewissenhaftigkeit und Tüchtigkeit unserer Militärverwaltung finden. Die Feststellung des Reichshaushalt muss übrigens nach Artikel 69 der Reichsverfassung vor Beginn des nächsten Jahres erfolgen.

Die großen Justizgesetze aber werden dem Reichstag in der zunächst bevorstehenden Session voraussichtlich nur in vorbereitender Weise beschäftigen. Es scheint im voraus ziemlich allseitiges Einverständniß darüber obzuwalten, daß eine sachgemäße Berathung und Verhandlung über diese umfangreichen Entwürfe kaum anders möglich sein wird, als nach vorgängiger Ueberweisung derselben an eine große Commission, welcher ausnahmsweise und durch eine besondere gesetzliche Vereinbarung die Besugniß zu geben sein würde, ihre Berathungen von einer Session zur anderen auszudehnen und ihre Beschlüsse dem Reichstage erst in der nächsten Session zu unterbreiten. Die Berathung würde in solchem Falle die vielmehrige Berathung der Justizfälle vermutlich auf eine Erörterung der allgemeinen grundächtlichen Gesichtspunkte beschränken, um auf Grund derselben sodann zur Wahl der vorbereitenden Commission zu schreiten.

Auch unter solchen Voraussetzungen wird allerdings immer noch ein hohes Maß von parlamentarischer Energie und allseitiger Hingabe erforderlich sein, um die übrigen mehr oder weniger bedeutenden Aufgaben innerhalb des erwähnten Zeitraums zu erledigen; aber die Hoffnung, daß dies zu erreichen sein werde, gründet sich vor Allem auf die patriotische Thatkraft, welche der deutsche Reichstag ebenso wie früher der norddeutsche Reichstag unter ähnlichen Verhältnissen in erfolgreicher Weise und zu dauerndem Dank des Vaterlandes bewiesen hat.

Der Reichstag wird, so weit möglich, auch darauf Rücksicht nehmen wollen, daß der preußische Landtag seineswegs in der nächsten Session die große Aufgabe der inneren Verwaltungsreform, welche für die gesamte weitere Entwicklung von durchgreifender Bedeutung ist, weiter zu führen hat, daß aber ein Gelingen in dieser Beziehung unter den schwierigeren Bedingungen der preußischen Landesgesetzgebung nur in einer Session von längerer Dauer zu erwarten ist.

[Zur Affaire Arnim.] Auffällig ist die folgende Mittheilung des Krakauer „Gaz.“:

Vergangene Woche ereignete sich, wie man uns mittheilt, auf der Warthau-Bromberger Eisenbahn in der Nähe von Kutno in Polen folgender Vorfall, welcher mit der Affaire Arnim in Verbindung zu stehen scheint, wenn man bedenkt, daß die preußische Regierung alten Verhältnissen des gewesenen Botschafters in Rom und Paris auf die Spur zu kommen sucht und bei dessen Verwandten Revisionen abhält. Der preußische Consul in Warschau nämlich, Baron v. Rechenberg, ein Verwandter des Grafen Arnim, steht im engen Verkehr mit Herrn v. Treslow, einem Preußen und Vertreter der Herrschaft Ostrowo im Königreich Polen unweit von Kutno. Der Consul schrieb des öfteren Briefe an Herrn v. Treslow und benutzte bei diesen Sendungen nicht die Post, sondern die Eisenbahncouducteure, welche die Päckchen einem Diener des Herrn v. Treslow übergaben. Diesmal kam ein Gendarm dem Diener zuwir und wollte das Paket in Empfang nehmen; als der Conducteur sich weigerte, dasselbe herauszugeben, einigte man sich dahin, daß das Paket im Postbüro deponiert wurde. Die Angelegenheit ging zuerst nach Warschau und dann nach Petersburg, worauf ein Gendarmerieoffizier das Paket abholte. Es scheint demnach, daß jemand aus dem Consularbureau in Warschau die preußische Regierung von dem Verdacht des Consuls zu Herrn v. Treslow und der Sendung von Päckchen in Kenntniß gesetzt hat; die preußische Regierung requirierte darauf die Unterstützung der russischen Gendarmerie, um zu erfahren, ob nicht vielleicht der Consul in Warschau Herrn v. Treslow jene Documente aus der deutschen Botschaft in Paris, welche Graf Arnim dem Fürsten Bismarck nicht aussiefern will, zuschickte.

N. L. C. [Das Project der Errichtung eines „Landesausschusses“ für Elsaß-Lothringen] ist in der deutschen Presse meistens mit Zustimmung begrüßt worden; doch fehlt es auch nicht an Führer, ja fast abmahnender Kritik. Man erinnert an die übergroße Zärlichkeit, welche dem wiedererworbenen Elsaß Anfangs von Deutschland entgegengetragen und von jenem mit dem entgegengesetzten Verhalten erwiedert wurde. Unseres Erachtens kommt jedoch dieser Gesichtspunkt für deutsche Politiker zunächst gar nicht in Betracht; vielmehr ist die erste Frage: Ist die Wahrnehmung der Elsaß-Lothringischen Particulargesetzgebung durch den Reichstag auf die Dauer möglich oder nicht? Schwerlich wirdemand, nach den gemachten Erfahrungen, diese Frage bejahen wollen. Der Reichstag hat weder die Zeit, noch die Spezialkenntnisse, um die Elsaß-Lothringischen Angelegenheiten so zu prüfen, wie es vom constitutionell-parlamentarischen Standpunkte erforderlich wäre. Er wird in der Hauptache die Regierung schalten und walten lassen müssen und der Zustand ist, namentlich bei der ungünstlichen Vertretung Elsaß-Lothringens im Reichstage, im Grunde nicht viel anders, als vor Beendigung der Dictatur.

Die Notwendigkeit einer Änderung dieser Einrichtung liegt auf der Hand. Und die erwünschteste Änderung wäre selbstverständlich, wenn die Particularangelegenheiten Elsaß-Lothringens im Lande selbst erledigt würden könnten. Die drei Bezirkstage des Reichslandes haben nun in ihren verschiedenen Sessionen, namentlich in der letzten vor zwei Monaten abgehaltenen, eine so verständige und vorurtheilslose Wahrnehmung ihrer Geschäfte bekundet, daß sich ganz abgesehen von ihren eigenen Wünschen von selbst der Gedanke ergab, diese Elemente in irgend einer Form zur politischen Gesetzgebung und zur Controle der allgemeinen Landesverwaltung heranzuziehen. So wurde die Verantwortlichkeit des Reichstags erleichtert und zugleich Elsaß-Lothringen das geringe Maß von Autonomie gewährt, das es unter den gegebenen Verhältnissen vernünftiger Weise beanspruchen kann. Nun wird man freilich ein, die Physiognomie der Bezirkstage werde sich vollständig ändern, sobald ihnen politische Competenz beigelegt sei; die ultramontane und die französische Partei werden in demselben bei einer Neuwahl gerade so die Majorität erlangen, wie bei den Reichstags-Wahlen. Aber selbst diesen schlimmsten Fall vorausgesetzt, was wäre dabei verloren? Die Herren Teutsch und so weiter würden alsdann ihren bekannten Protest erneuern und die ganze Institution des Landesausschusses würde auf dem Wege der Reichsgesetzgebung wieder beseitigt. Der reinen Protestpartei ist aber der Eintritt in die Bezirkstage schon durch den dem Deutschen Kaiser zu leistenden Eid verlegt. Und im Übrigen ist einer prinzipiellen Opposition im Landesausschuß durch die bloß berathende Kompetenz derselben von vornherein der Stachel genommen. Die Aufregung, welche man von ihren Reden befürchtet, wird schwerlich größer sein, als diejenige, welche die Herren Winterer, Simmis u. s. w. durch ihre auf der Reichstribüne erhobenen Klagen über „Mundtotdmachen“ und dergl. hervorrufen. Im Gegenteil, die Abfertigung der Angriffe unmittelbar unter den Augen der reichslandischen Bevölkerung könnte für die Regierung nur vortheilhaft wirken. — Jedenfalls steht fest, daß die Errichtung des Landesausschusses keine reformatio in pejus sein würde. Und das genügt.

○ Aus Rheinland-Westfalen, 20. Oct. [Regierungspräsident oder ultramontaner Oberbürgermeister? — Versammlung von Logenmitgliedern. — Grundsteinlegung zum Kriegerdenkmal in Trier.] Die Frage, ob der bisherige Oberbürgermeister von Düsseldorf, dessen ultramontane Neigungen wiederholt Gegenstand der Erörterung in der Tagespresse gewesen sind, bei dem nahe bevorstehenden Ablauf seiner Amtsperiode von dem König abermals bestätigt werden wird, spitzt sich zu einer ziemlich brennenden zu. Die clerical Majorität der Stadtverordneten möchte Herrn Hammers unter allen Umständen der Stadt erhalten wissen und hat sogar das letzte Mittel einer Audienz bei dem Kaiser Wilhelm nicht gescheut. Die Herren von der Deputation, welche in Baden-Baden auch wirklich vom Kaiser, freilich nur in einer sehr kurzen Audienz empfangen wurden, tragen eine ziemliche Siegesgewissheit zur Schau. Gingewihlte wollen aber doch kaum an den Erfolg dieser Bemühungen glauben. Denn derselbe würde ziemlich sicher den alsbaldigen Rücktritt des Düsseldorfer Regierungspräsidenten nach sich ziehen, der es für seine Pflicht gehalten hat, die Bestätigung des wiedergewählten Herrn Oberbürgermeisters an maßgebender Stelle entschieden zu widerrathen, da unter der Amtsführung derselben das nothwendige politische Einverständniß zwischen Staats- und oberster Stadtbehörde Düsseldorf gerade in den wichtigsten Zeitfragen fehlen würde.

So liegt nach unserer Information diese Angelegenheit, und es ist kaum zu glauben, daß man an entscheidender Stelle einen so eifriger und tüchtigen Regierungsbeamten, wie den Freiherrn von Ende in Düsseldorf, opfern wird, um durch die Bestätigung des mehrerwähnten Herrn Oberbürgermeisters der ultramontanen Partei einen Liebesdienst zu erzeigen; der bald die unlesbaren Früchte zeitigen dürfte. — Eine große Versammlung von Freimaurern aus Rheinland-Westfalen fand am Geburtstage des Kronprinzen in der Loge zu Barmen statt. Die reichslande Geisinnung der Logenmitglieder äußerte sich in einem Telegramm an denselben, auf welches alsbald ein sehr freundlicher Dank erfolgte. — In Trier ist am 18. d. der Grundstein zu einem Kriegerdenkmal unter großartiger Beteiligung der Kriegervereine und der katholischen Bevölkerung gelegt worden, obwohl diese patriotische Feier von clericaler Seite keineswegs begünstigt wurde. Der Weihact wurde dem auch bezeichnender Weise nur durch den evangelischen Divisionsprediger vollzogen; die katholische Geistlichkeit beteiligte sich nicht dabei, obwohl der allergrößte Theil der Trierischen Krieger dem katholischen Religionsbekenntniß angehört.

Köln, 16. October. [Das erzbischöfliche General-Bicariat] veröffentlicht im „Kirchlichen Anzeiger“ eine interessante Instruction bezüglich der Civilehe. Die Pfarrer werden darin aufgesondert, neukatholische Brautleute, welche sich bloß mit der Civilehe beginnen, durch kirchliche Strafen zur Umkehr zu bewegen. Selbst die Kinder eines gesetzlosen Paars verfallen dem geistlichen Henkerbeil. Das Bicariat spricht offen aus, daß durch die Civilehe „vor Gott keine wahre Ehe“ geschlossen werde und „die Brautleute daher auch keine Eheleute“ würden.

Aus Kurhessen, 18. Octbr. [Processe.] Vor einigen Tagen wurde das Seherpersonal in der Druckerei der „Hessischen Blätter“ eidlich vernommen, um die Autorität eines Artikels zu ermitteln, gegen welchen eine Anklage wegen Beleidigung des Fürsten Bismarck schwebt. Die Beleidigung blieb erfolglos. — Wiederum sind einige reitende Pastoren in Strafe verfallt worden, aber diesmal nicht auf Grund des Strafgesetzbuches (wegen unbefugter Ausübung eines öffentlichen Amtes), sondern auf Grund der preußischen Maigesetze. Es wurden verurtheilt: Pfarrer Thamer in Kassel wegen Ausspendung des Abendmahls in der reitenden Gemeinde Bessie zu 20 Thlr., Pf. Saul in Balthorn zu 6 Thlr. wegen dreier Taufakte. Noch schwelen gleiche Anklagen gegen Pf. Wolfram in Berge, Metropoliten Vilmar in Melchingen, Pf. Henkel ebenda, Pf. Baumann in Beienhausen, Pf. Baumann in Kierspehausen.

Gera, 19. Octbr. [Die Domänenfrage] tritt in ein neues Stadium. Bekanntlich ist der Fürst bereit, einen beträchtlichen Theil des etwa 400,000 Thlr. jährlich tragenden Domänen-Einkommens zur Tragung der Verwaltungskosten an den Staat zu überlassen. Da wird plötzlich von gewisser Seite auch die Zustimmung der Agnaten des Hauses Reuß zu einem solchen Abkommen für nötig erklärt. Besonders wird der Botschafter, Fürst Reuß, als jedem Vertrage abgeneigt erklärt. Die Agnaten des Fürstlichen Hauses beziehen etwa

18,000 Thlr. jährlich vom Fürsten; diese könnten ja unbehindert weiter ausbezahlt werden, denn wo es sich um eine Besteuer zu den Staatslasten bis zu 100,000 Thlr. jährlich handelt, sind doch Ansprüche im Betrage von 18,000 Thlr. jährlich nicht wesentlich.

Würzburg, 19. October. [Erklärung.] Auch die bevorstehende Eröffnung des Kullmann'schen Prozesses setzt allerhand Erfindungen der dem Reichskanzler Fürsten Bismarck abgeneigten Parteien in Bewegung. Zur Abwehr solcher erlässt u. a. auch der ernannte Vertheidiger Kullmanns, Advokat Gerhard in Würzburg, folgende Erklärung:

"Es wird mir der Vorwurf gemacht, Unberechtigte in das Untersuchungsgespräch zu Kullmann geführt zu haben und dies veranlaßte mich, sofort bei dem Directorium des königlichen Bezirksgerichts in Würzburg Antrag auf Einleitung einer Disciplinar-Untersuchung gegen mich zu stellen. Diese Untersuchung muß ergeben, daß ich Niemanden, ich sage gar Niemanden zu Kullmann geführt habe, und wird hoffentlich den Verdunstenden entlarven, welcher derartige gehässige Lügen in die Welt schleudert."

Gerhard, königlicher Advokat.

Bekanntlich hat auch der die Staatsbehörde im Kullmann-Prozeß vertretende Staatsanwalt Nübel gehässige Angriffe er dulden müssen.

Stuttgart, 19. October. [Zum Reichseisenbahngesetz.] Der R. Z. schreibt man: Wenn in den Zeitungen von einem württembergischen Gegentwurf gegen den bundesarthlichen Entwurf eines Reichseisenbahngesetzes die Rede ist, so könnte dies die irrtümliche Vorstellung erwecken, Württemberg verweise ganz und gar den berliner Entwurf und erstrebe die Annahme einer neuen, von anderen Prinzipien ausgehenden und zu anderen Consequenzen führenden Vorlage. Dies ist meines Wissens nicht der Fall. Württemberg hat, wie die anderen Regierungen, sein Gutachten über den Reichseisenbahngesetzentwurf ausgearbeitet und bringt seine Amendements dazu ein, welche an ziemlich zahlreichen Stellen desselben angemerkelt sein mögen. Der Ausdruck „Gegentwurf“ jedoch ist ein schlecht gewählter. Mit der Abgabe jenes Gutachtens war zunächst die königl. württembergische Eisenbahn-Direction und dann mit der Redaktion desselben der königl. geheime Rath beschäftigt. Minister von Mittnacht, welcher das Gutachten nach Berlin überbracht hat, versieht neben dem Justizministerium und dem des Auswärtigen auch die Leitung der Verkehrsanstalten.

Deutsch.

Wien, 21. October. [Der Kaiser] hat den Obercommandanten der Landwehr Feldmarschalllieutenant Erzherzog Rainer zum Feldzeugmeister ernannt.

Wien, 20. October. [Die Affaire Arnim und das „Neue Fremdenblatt“.] Das „N. Fr.-Bl.“ schreibt: Herr Wiener, der Herausgeber, und Herr Klebinder, der verantwortliche Redakteur unseres Blattes, erschienen heute vor dem Landesgericht, um als Zeugen in dem Prozeß gegen Graf Arnim vernommen zu werden. Wie wir bereits gestern als wahrscheinlich bezeichneten, handelte es sich um die Annäherungsversuche des Herrn Jules Lang an das „Neue Fremden-Blatt“. Herr Wiener und Herr Klebinder gaben zu Prototyp und wurden auf Wunsch des Berliner Gerichts beeidigt, daß Herr Lang dem „Neuen Fremden-Blatt“ unter dem 14. April „Diplomatische Enthüllungen“ — bekanntlich erschienen die Arnim'schen Briefe in der „Presse“ unter diesem Titel — Altknäufe zum Kirchenkampf in Preußen und Correspondenzen angeboten habe; jedoch sei die Redaktion auf dieses Unerbitten in keiner Weise eingegangen. Auf die Frage des Richters, warum man von dem Vorschlag Lang's keinen Gebrauch gemacht habe, erklärten sowohl Herr Wiener wie Herr Klebinder, daß ihnen Lang als Bismarckscher Agent bekannt gewesen sei und es mit den Tendenzen des „Neuen Fremden-Blatt“ nicht vereinbar sei, von Bismarck beeinflußte Mitteilungen zu bringen. Herr Wiener setzte noch hinzu, daß schon die gänzliche Unzuverlässigkeit Lang's von jeder Verbindung mit demselben abgesehen habe. Für morgen ist auch der Redakteur der auswärtigen Politik unseres Blattes Herr Hermann Voigt vor das Landesgericht eingetragen, um in derselben Angelegenheit als Zeuge vernommen zu werden. Bei dem heutigen Verhör erfuhren übrigens unsere beiden Collegen den Wortschatz der gegen Graf Arnim erhobenen Anklage. Nach dem Schreiben des Berliner Stadtgerichts an das hiesige Landgericht lautet dieselbe auf „Beseitigung amtlicher, ihm (Arnim) anvertrauter oder ihm zugänglicher Scripturen“. Wir haben aus demselben Schreiben noch hervor, daß das Berliner Gericht das hiesige dringend um möglichste Beschleunigung erachtet. Die Art, wie das „Neue Fremden-Blatt“ auf diese Weise in die Arnim-Affäre verschlossen wird, macht auf uns den Eindruck, als sei es dem Berliner Stadtgericht vor Allem auch darum zu thun, zu eruieren, in welcher Weise das Anklage-Material gegen Arnim zusammengebracht wurde. Es liegt in der That im Interesse der öffentlichen Moral, zu eruieren, inwiefern der Verdacht berechtigt ist, daß in Lang ein zweiter Ohm oder Henze erstanden sei. Der Ernst, mit welchem die Berliner Richter die Sache anfassen, berechtigt jedenfalls zu der Hoffnung, daß sie die Wege eines Taddel zu wandeln entschlossen sind. Wenn Taddel, der im Prozeß Waldeck das Truggewebe der geheimen Polizei zerstört, dem preußischen Richterstand als leuchtendes Beispiel vorschwebt, wird man die Frage, ob es in Berlin noch Richter giebt, stets mit Ja beantworten können.

Schweiz.

Zürich, 18. Oktbr. [Vom Postcongress. — Aus der Bundesversammlung. — Zum Wehrgesetz. — Das politische Stimmrecht. — Zum Eisenbahngesetz. — Der Grüttiverein. — Vom Gotthardtunnel. — Zur Presse.] Der internationale Postcongress hat den allgemeinen Postvertrag unterzeichnet; der kühne Wurf der deutschen Regierung und ihrer Postverwaltung ist glänzend gelungen. Unter allen Staaten hat blos Frankreich keinen Anstand genommen, sich auszuschließen; wahrscheinlich kein seiner Ruhm. Die fiscalische Beschränktheit unserer westlichen Nachbarn ist leider noch immer so stark, daß sie sogar durch Erfahrung bewiesene Grundsätze der Volkswirtschaft verkennt und z. B. noch nicht die Berechtigung der Einkommensteuer begreift. Genug, Frankreich zieht einstweilen vor, bei seinen zehn Gramm-Briefen zu bleiben, und findet es vernünftiger, für teure Briefe wenig als für wohlfelde Briefe viel einzunehmen. — In der Schlussitzung des Congresses verbreitete sich der Präsident, Bundesrat Borel, über die große Bedeutung der erzielten Reformen und über das Verdienst einer Weltpost um die menschheitliche Entwicklung. Er begann mit der Thatache, daß in demselben Saal, wo vor 25 Jahren die Vertreter der 22 Schweizerantone die Posteinheit von kaum 2½ Millionen Seelen geschlossen, jetzt die Vertreter von 22 Staaten dasselbe für ein Gebiet von 350 Millionen Seelen gethan. Der Abgeordnete Englands, Page, sprach dem Präsidenten und den beiden Secretären den Dank des Congresses für ihre erspriessliche Thatigkeit aus und ersuchte sie, zur Erinnerung ein Silberservice und silberne Bestecke anzunehmen. Es ergriffen noch die Vertreter Nordamerikas und Spaniens das Wort, um ihre Beschiedigung über das Ereichte auszudrücken. Auch General-Postdirector Stephan ließ sich, wie bereits mitgetheilt, vernehmen und schloss seine Rede folgendermaßen: „Wenn Deutschland es unternommen hat, den verschiedenen Regierungen die Anteile zu unterbreiten, die unseren Arbeiten zur gemeinsamen Basis gedient, so

war es von der Überzeugung geleitet, daß es zum Voraus sich die Sympathien aller civilisierten Völker zu einem Werke des Friedens, der allgemeinen Wohlfahrt und der Brüderlichkeit unter den Völkern erwerbe, und es war gewiß, daß zu einem solchen Werke jede Regierung mitwirken werde. Zu der zwischen den im Vertrage beteiligten Staaten herrschenden völligen Harmonie beigetragen und einen Schritt in dieser Richtung realisiren geholfen zu haben, das ist die einzige Ehre, auf die Deutschland Anspruch erhebt, und in diesem Sinne glaube ich die mir von Ihnen, meine Herren, gemachten Sympathie-Bezeugungen, welche uns immer ein kostbares Anhänger sein werden, annehmen zu können.“ — Beim Abschiedsbanquet, welches der Bundesrat den Congressmitgliedern gab, toastete Bundespräsident Schenck auf das Wohl der auswärtigen Regierungen und Völker und sprach den Wunsch aus, daß wie über Telegraphen und Posten auch noch über andere Interessen, wie Münz-, Eisenbahn- und Gesundheitswesen, internationale Vereinbarungen zu Stande kommen und die Völker miteinander verbünden möchten. Als Bonbon für Frankreich äußerte er die Hoffnung, daß für den großen Fortschritt der Posteinheit schließlich auch die Nation einstehen werde, die sonst kein Opfer scheute, wo es galt, ein großes Werk der Civilisation und Humanität zu fördern. — Dadurch, daß das internationale Postbüro in Bern errichtet wird, führt die Schweiz das Bundesrätsidium aller Staaten im Telegraphen- und Postwesen; freilich wird sie auch dafür belohnt, da sie nach Abschaffung der gegenseitigen Postabrechnung die ganze Einnahme für sich behält, d. h. ohne Mühe eine halbe Million mehr als bisher. — Die Bundesversammlung schafft fleißig. Der Nationalrat nahm die neue Militärorganisation vor. Die Wehrpflicht der Postbeamten ist ein großes Werk der Civilisation und Humanität zu fördern. — Dadurch, daß das internationale Postbüro in Bern errichtet wird, führt die Schweiz das Bundesrätsidium aller Staaten im Telegraphen- und Postwesen; freilich wird sie auch dafür belohnt, da sie nach Abschaffung der gegenseitigen Postabrechnung die ganze Einnahme für sich behält, d. h. ohne Mühe eine halbe Million mehr als bisher. — Die Bundesversammlung schafft fleißig. Der Nationalrat nahm die neue Militärorganisation vor. Die Wehrpflicht der Postbeamten ist ein großes Werk der Civilisation und Humanität zu fördern. — Dadurch, daß das internationale Postbüro in Bern errichtet wird, führt die Schweiz das Bundesrätsidium aller Staaten im Telegraphen- und Postwesen; freilich wird sie auch dafür belohnt, da sie nach Abschaffung der gegenseitigen Postabrechnung die ganze Einnahme für sich behält, d. h. ohne Mühe eine halbe Million mehr als bisher. — Die Bundesversammlung schafft fleißig. Der Nationalrat nahm die neue Militärorganisation vor. Die Wehrpflicht der Postbeamten ist ein großes Werk der Civilisation und Humanität zu fördern. — Dadurch, daß das internationale Postbüro in Bern errichtet wird, führt die Schweiz das Bundesrätsidium aller Staaten im Telegraphen- und Postwesen; freilich wird sie auch dafür belohnt, da sie nach Abschaffung der gegenseitigen Postabrechnung die ganze Einnahme für sich behält, d. h. ohne Mühe eine halbe Million mehr als bisher. — Die Bundesversammlung schafft fleißig. Der Nationalrat nahm die neue Militärorganisation vor. Die Wehrpflicht der Postbeamten ist ein großes Werk der Civilisation und Humanität zu fördern. — Dadurch, daß das internationale Postbüro in Bern errichtet wird, führt die Schweiz das Bundesrätsidium aller Staaten im Telegraphen- und Postwesen; freilich wird sie auch dafür belohnt, da sie nach Abschaffung der gegenseitigen Postabrechnung die ganze Einnahme für sich behält, d. h. ohne Mühe eine halbe Million mehr als bisher. — Die Bundesversammlung schafft fleißig. Der Nationalrat nahm die neue Militärorganisation vor. Die Wehrpflicht der Postbeamten ist ein großes Werk der Civilisation und Humanität zu fördern. — Dadurch, daß das internationale Postbüro in Bern errichtet wird, führt die Schweiz das Bundesrätsidium aller Staaten im Telegraphen- und Postwesen; freilich wird sie auch dafür belohnt, da sie nach Abschaffung der gegenseitigen Postabrechnung die ganze Einnahme für sich behält, d. h. ohne Mühe eine halbe Million mehr als bisher. — Die Bundesversammlung schafft fleißig. Der Nationalrat nahm die neue Militärorganisation vor. Die Wehrpflicht der Postbeamten ist ein großes Werk der Civilisation und Humanität zu fördern. — Dadurch, daß das internationale Postbüro in Bern errichtet wird, führt die Schweiz das Bundesrätsidium aller Staaten im Telegraphen- und Postwesen; freilich wird sie auch dafür belohnt, da sie nach Abschaffung der gegenseitigen Postabrechnung die ganze Einnahme für sich behält, d. h. ohne Mühe eine halbe Million mehr als bisher. — Die Bundesversammlung schafft fleißig. Der Nationalrat nahm die neue Militärorganisation vor. Die Wehrpflicht der Postbeamten ist ein großes Werk der Civilisation und Humanität zu fördern. — Dadurch, daß das internationale Postbüro in Bern errichtet wird, führt die Schweiz das Bundesrätsidium aller Staaten im Telegraphen- und Postwesen; freilich wird sie auch dafür belohnt, da sie nach Abschaffung der gegenseitigen Postabrechnung die ganze Einnahme für sich behält, d. h. ohne Mühe eine halbe Million mehr als bisher. — Die Bundesversammlung schafft fleißig. Der Nationalrat nahm die neue Militärorganisation vor. Die Wehrpflicht der Postbeamten ist ein großes Werk der Civilisation und Humanität zu fördern. — Dadurch, daß das internationale Postbüro in Bern errichtet wird, führt die Schweiz das Bundesrätsidium aller Staaten im Telegraphen- und Postwesen; freilich wird sie auch dafür belohnt, da sie nach Abschaffung der gegenseitigen Postabrechnung die ganze Einnahme für sich behält, d. h. ohne Mühe eine halbe Million mehr als bisher. — Die Bundesversammlung schafft fleißig. Der Nationalrat nahm die neue Militärorganisation vor. Die Wehrpflicht der Postbeamten ist ein großes Werk der Civilisation und Humanität zu fördern. — Dadurch, daß das internationale Postbüro in Bern errichtet wird, führt die Schweiz das Bundesrätsidium aller Staaten im Telegraphen- und Postwesen; freilich wird sie auch dafür belohnt, da sie nach Abschaffung der gegenseitigen Postabrechnung die ganze Einnahme für sich behält, d. h. ohne Mühe eine halbe Million mehr als bisher. — Die Bundesversammlung schafft fleißig. Der Nationalrat nahm die neue Militärorganisation vor. Die Wehrpflicht der Postbeamten ist ein großes Werk der Civilisation und Humanität zu fördern. — Dadurch, daß das internationale Postbüro in Bern errichtet wird, führt die Schweiz das Bundesrätsidium aller Staaten im Telegraphen- und Postwesen; freilich wird sie auch dafür belohnt, da sie nach Abschaffung der gegenseitigen Postabrechnung die ganze Einnahme für sich behält, d. h. ohne Mühe eine halbe Million mehr als bisher. — Die Bundesversammlung schafft fleißig. Der Nationalrat nahm die neue Militärorganisation vor. Die Wehrpflicht der Postbeamten ist ein großes Werk der Civilisation und Humanität zu fördern. — Dadurch, daß das internationale Postbüro in Bern errichtet wird, führt die Schweiz das Bundesrätsidium aller Staaten im Telegraphen- und Postwesen; freilich wird sie auch dafür belohnt, da sie nach Abschaffung der gegenseitigen Postabrechnung die ganze Einnahme für sich behält, d. h. ohne Mühe eine halbe Million mehr als bisher. — Die Bundesversammlung schafft fleißig. Der Nationalrat nahm die neue Militärorganisation vor. Die Wehrpflicht der Postbeamten ist ein großes Werk der Civilisation und Humanität zu fördern. — Dadurch, daß das internationale Postbüro in Bern errichtet wird, führt die Schweiz das Bundesrätsidium aller Staaten im Telegraphen- und Postwesen; freilich wird sie auch dafür belohnt, da sie nach Abschaffung der gegenseitigen Postabrechnung die ganze Einnahme für sich behält, d. h. ohne Mühe eine halbe Million mehr als bisher. — Die Bundesversammlung schafft fleißig. Der Nationalrat nahm die neue Militärorganisation vor. Die Wehrpflicht der Postbeamten ist ein großes Werk der Civilisation und Humanität zu fördern. — Dadurch, daß das internationale Postbüro in Bern errichtet wird, führt die Schweiz das Bundesrätsidium aller Staaten im Telegraphen- und Postwesen; freilich wird sie auch dafür belohnt, da sie nach Abschaffung der gegenseitigen Postabrechnung die ganze Einnahme für sich behält, d. h. ohne Mühe eine halbe Million mehr als bisher. — Die Bundesversammlung schafft fleißig. Der Nationalrat nahm die neue Militärorganisation vor. Die Wehrpflicht der Postbeamten ist ein großes Werk der Civilisation und Humanität zu fördern. — Dadurch, daß das internationale Postbüro in Bern errichtet wird, führt die Schweiz das Bundesrätsidium aller Staaten im Telegraphen- und Postwesen; freilich wird sie auch dafür belohnt, da sie nach Abschaffung der gegenseitigen Postabrechnung die ganze Einnahme für sich behält, d. h. ohne Mühe eine halbe Million mehr als bisher. — Die Bundesversammlung schafft fleißig. Der Nationalrat nahm die neue Militärorganisation vor. Die Wehrpflicht der Postbeamten ist ein großes Werk der Civilisation und Humanität zu fördern. — Dadurch, daß das internationale Postbüro in Bern errichtet wird, führt die Schweiz das Bundesrätsidium aller Staaten im Telegraphen- und Postwesen; freilich wird sie auch dafür belohnt, da sie nach Abschaffung der gegenseitigen Postabrechnung die ganze Einnahme für sich behält, d. h. ohne Mühe eine halbe Million mehr als bisher. — Die Bundesversammlung schafft fleißig. Der Nationalrat nahm die neue Militärorganisation vor. Die Wehrpflicht der Postbeamten ist ein großes Werk der Civilisation und Humanität zu fördern. — Dadurch, daß das internationale Postbüro in Bern errichtet wird, führt die Schweiz das Bundesrätsidium aller Staaten im Telegraphen- und Postwesen; freilich wird sie auch dafür belohnt, da sie nach Abschaffung der gegenseitigen Postabrechnung die ganze Einnahme für sich behält, d. h. ohne Mühe eine halbe Million mehr als bisher. — Die Bundesversammlung schafft fleißig. Der Nationalrat nahm die neue Militärorganisation vor. Die Wehrpflicht der Postbeamten ist ein großes Werk der Civilisation und Humanität zu fördern. — Dadurch, daß das internationale Postbüro in Bern errichtet wird, führt die Schweiz das Bundesrätsidium aller Staaten im Telegraphen- und Postwesen; freilich wird sie auch dafür belohnt, da sie nach Abschaffung der gegenseitigen Postabrechnung die ganze Einnahme für sich behält, d. h. ohne Mühe eine halbe Million mehr als bisher. — Die Bundesversammlung schafft fleißig. Der Nationalrat nahm die neue Militärorganisation vor. Die Wehrpflicht der Postbeamten ist ein großes Werk der Civilisation und Humanität zu fördern. — Dadurch, daß das internationale Postbüro in Bern errichtet wird, führt die Schweiz das Bundesrätsidium aller Staaten im Telegraphen- und Postwesen; freilich wird sie auch dafür belohnt, da sie nach Abschaffung der gegenseitigen Postabrechnung die ganze Einnahme für sich behält, d. h. ohne Mühe eine halbe Million mehr als bisher. — Die Bundesversammlung schafft fleißig. Der Nationalrat nahm die neue Militärorganisation vor. Die Wehrpflicht der Postbeamten ist ein großes Werk der Civilisation und Humanität zu fördern. — Dadurch, daß das internationale Postbüro in Bern errichtet wird, führt die Schweiz das Bundesrätsidium aller Staaten im Telegraphen- und Postwesen; freilich wird sie auch dafür belohnt, da sie nach Abschaffung der gegenseitigen Postabrechnung die ganze Einnahme für sich behält, d. h. ohne Mühe eine halbe Million mehr als bisher. — Die Bundesversammlung schafft fleißig. Der Nationalrat nahm die neue Militärorganisation vor. Die Wehrpflicht der Postbeamten ist ein großes Werk der Civilisation und Humanität zu fördern. — Dadurch, daß das internationale Postbüro in Bern errichtet wird, führt die Schweiz das Bundesrätsidium aller Staaten im Telegraphen- und Postwesen; freilich wird sie auch dafür belohnt, da sie nach Abschaffung der gegenseitigen Postabrechnung die ganze Einnahme für sich behält, d. h. ohne Mühe eine halbe Million mehr als bisher. — Die Bundesversammlung schafft fleißig. Der Nationalrat nahm die neue Militärorganisation vor. Die Wehrpflicht der Postbeamten ist ein großes Werk der Civilisation und Humanität zu fördern. — Dadurch, daß das internationale Postbüro in Bern errichtet wird, führt die Schweiz das Bundesrätsidium aller Staaten im Telegraphen- und Postwesen; freilich wird sie auch dafür belohnt, da sie nach Abschaffung der gegenseitigen Postabrechnung die ganze Einnahme für sich behält, d. h. ohne Mühe eine halbe Million mehr als bisher. — Die Bundesversammlung schafft fleißig. Der Nationalrat nahm die neue Militärorganisation vor. Die Wehrpflicht der Postbeamten ist ein großes Werk der Civilisation und Humanität zu fördern. — Dadurch, daß das internationale Postbüro in Bern errichtet wird, führt die Schweiz das Bundesrätsidium aller Staaten im Telegraphen- und Postwesen; freilich wird sie auch dafür belohnt, da sie nach Abschaffung der gegenseitigen Postabrechnung die ganze Einnahme für sich behält, d. h. ohne Mühe eine halbe Million mehr als bisher. — Die Bundesversammlung schafft fleißig. Der Nationalrat nahm die neue Militärorganisation vor. Die Wehrpflicht der Postbeamten ist ein großes Werk der Civilisation und Humanität zu fördern. — Dadurch, daß das internationale Postbüro in Bern errichtet wird, führt die Schweiz das Bundesrätsidium aller Staaten im Telegraphen- und Postwesen; freilich wird sie auch dafür belohnt, da sie nach Abschaffung der gegenseitigen Postabrechnung die ganze Einnahme für sich behält, d. h. ohne Mühe eine halbe Million mehr als bisher. — Die Bundesversammlung schafft fleißig. Der Nationalrat nahm die neue Militärorganisation vor. Die Wehrpflicht der Postbeamten ist ein großes Werk der Civilisation und Humanität zu fördern. — Dadurch, daß das internationale Postbüro in Bern errichtet wird, führt die Schweiz das Bundesrätsidium aller Staaten im Telegraphen- und Postwesen; freilich wird sie auch dafür belohnt, da sie nach Abschaffung der gegenseitigen Postabrechnung die ganze Einnahme für sich behält, d. h. ohne Mühe eine halbe Million mehr als bisher. — Die Bundesversammlung schafft fleißig. Der Nationalrat nahm die neue Militärorganisation vor. Die Wehrpflicht der Postbeamten ist ein großes Werk der Civilisation und Humanität zu fördern. — Dadurch, daß das internationale Postbüro in Bern errichtet wird, führt die Schweiz das Bundesrätsidium aller Staaten im Telegraphen- und Postwesen; freilich wird sie auch dafür belohnt, da sie nach Abschaffung der gegenseitigen Postabrechnung die ganze Einnahme für sich behält, d. h. ohne Mühe eine halbe Million mehr als bisher. — Die Bundesversammlung schafft fleißig. Der Nationalrat nahm die neue Militärorganisation vor. Die Wehrpflicht der Postbeamten ist ein großes Werk der Civilisation und Humanität zu fördern. — Dadurch, daß das internationale Postbüro in Bern errichtet wird, führt die Schweiz das Bundesrätsidium aller Staaten im Telegraphen- und Postwesen; freilich wird sie auch dafür belohnt, da sie nach Abschaffung der gegenseitigen Postabrechnung die ganze Einnahme für sich behält, d. h. ohne Mühe eine halbe Million mehr als bisher. — Die Bundesversammlung schafft fleißig. Der Nationalrat nahm die neue Militärorganisation vor. Die Wehrpflicht der Postbeamten ist ein großes Werk der Civilisation und Humanität zu fördern. — Dadurch, daß das internationale Postbüro in Bern errichtet wird, führt die Schweiz das Bundesrätsidium aller Staaten im Telegraphen- und Postwesen; freilich wird sie auch dafür belohnt, da sie nach Abschaffung der gegenseitigen Postabrechnung die ganze Einnahme für sich behält, d. h. ohne Mühe eine halbe Million mehr als bisher. — Die Bundesversammlung schafft fleißig. Der Nationalrat nahm die neue Militärorganisation vor. Die Wehrpflicht der Postbeamten ist ein großes Werk der Civilisation und Humanität zu fördern. — Dadurch, daß das internationale Postbüro in Bern errichtet wird, führt die Schweiz das Bundesrätsidium aller Staaten im Telegraphen- und Postwesen; freilich wird sie auch dafür belohnt, da sie nach Abschaffung der gegenseitigen Postabrechnung die ganze Einnahme für sich behält, d. h. ohne Mühe eine halbe Million mehr als bisher. — Die Bundesversammlung schafft fleißig. Der Nationalrat nahm die neue Militärorganisation vor. Die Wehrpflicht der Postbeamten ist ein großes Werk der Civilisation und Humanität zu fördern. — Dadurch, daß das internationale Postbüro in Bern errichtet wird, führt die Schweiz das Bundesrätsidium aller Staaten im Telegraphen- und Postwesen; freilich wird sie auch dafür belohnt, da sie nach Abschaffung der gegenseitigen Postabrechnung die ganze Einnahme für sich behält, d. h. ohne Mühe eine halbe Million mehr als bisher. — Die Bundesversammlung schafft fleißig. Der Nationalrat nahm die neue Militärorganisation vor. Die Wehrpflicht der Postbeamten ist ein großes Werk der Civilisation und Humanität zu fördern. — Dadurch, daß das internationale Postbüro in Bern errichtet wird, führt die Schweiz das Bundesrätsidium aller Staaten im Telegraphen- und Postwesen; freilich wird sie auch dafür belohnt, da sie nach Abschaffung der gegenseitigen Postabrechnung die ganze Einnahme für sich behält, d. h. ohne Mühe eine halbe Million mehr als bisher. — Die Bundesversammlung schafft fleißig. Der Nationalrat nahm die neue Militärorganisation vor. Die Wehrpflicht der Postbeamten ist ein großes Werk der Civilisation und Humanität zu fördern. — Dadurch, daß das internationale Postbüro in Bern errichtet wird, führt die Schweiz das Bundesrätsidium aller Staaten im Telegraphen- und Postwesen; freilich wird sie auch dafür belohnt, da sie nach Abschaffung der gegenseitigen Postabrechnung die ganze Einnahme für sich behält, d. h. ohne Mühe eine halbe Million mehr als bisher. — Die Bundesversammlung schafft fleißig. Der Nationalrat nahm die neue Militärorganisation vor. Die Wehrpflicht der Postbeamten ist ein großes Werk der Civilisation und Humanität zu fördern. — Dadurch, daß das internationale Postbüro in Bern errichtet wird, führt die Schweiz das Bundesrätsidium aller Staaten im Telegraphen- und Postwesen; freilich wird sie auch dafür belohnt, da sie nach Abschaffung der gegenseitigen Postabrechnung die ganze Einnahme für sich behält, d. h. ohne Mühe eine halbe Million mehr als bisher. — Die Bundesversammlung schafft fleißig. Der Nationalrat nahm die neue Militärorganisation vor. Die Wehrpflicht der Postbeamten ist ein großes Werk der Civilisation und Humanität zu fördern. — Dadurch, daß das internationale Postbüro in Bern errichtet wird, führt die Schweiz das Bundesrätsidium aller Staaten im Telegraphen- und Postwesen; freilich wird sie auch dafür belohnt, da sie nach Abschaffung der gegenseitigen Postabrechnung die ganze Einnahme für sich behält, d. h. ohne Mühe eine halbe Million mehr als bisher. — Die Bundes

des Sohnes 2 Thaler eingezahlt. Aus „zwei“ „zwanzig“ zu machen um an die 2 eine Null anzuhängen war ihr nicht schwer, und sie trug das so wertvoller gewordene Sparkassenbuch zu der Inhaberin eines Rückaufgeschäfts Potemba, bei welcher sie es für 16 Thlr. in Versatz gab. Durch den Erfolg mutig gemacht, wagte sie jetzt das Geschäft in etwas größerem Maßstabe. Am 23. April d. J. zahlte sie, diesmal auf ihren eigenen Namen, wiederum einer Thaler ein, radigte in dem Buche das Wort „einen“ weg und schrieb „hundert“ dafür und hängte der 1 in der Thalercolumnne frisch zweieinhalb hintenan. Dann trug sie das Buch wieder zu der Potemba, ließ sich auf dasselbe 60 Thaler vorschreiben, die ihr bedenkenlos gegeben wurden, und zahlte ihr die 16 Thaler gegen Rücknahme des erstgedachten Buches wieder. Indes auch dieses Buch wurde bereits im folgenden Monate auf Neue für 15 Thaler bei Potemba versetzt. Als die erste Post bei dieser fällig wurde, zahlte die Angeklagte wiederum 1 Thaler ein, und zwar auf den Namen ihres Bruders Schirdewahl, fälschte wiederum das Buch, so daß es über 100 Thlr. lautete, und fertigte sich außerdem ein falsches Attest an, in welchem ihr der Besitzer des Sparkassenbuches Schirdewahl Vollmach gab, dasselbe zu versetzen. Um die Neuheit des Buches zu verbergen, machte sie aus dem 23. Juli den sobielen März. Mit diesem Buche ging sie zu dem Kaufmann Pohl, welcher ihr zunächst 60 Thlr. auf dasselbe ließ, dann noch 15 Thlr. dazu. Demselben hatte sie ferner auch ein über 20 Thlr. lautendes Buch, auf welches gleichfalls nur 2 Thaler eingezahlt waren, für 15 Thaler in Versatz gegeben. — Da die Angeklagte bei der Potemba immer jährling Zahlung säumig war, ging dieselbe auf die städtische Sparkasse um, welche einen Theil des größeren Sparkassenbuches zu kündigen. Hier wurde gleich die Fälschung constatirt, und bald wurden auch die Uebrigen entdeckt. — Die Angeklagte war ihrer Thaten geständig. Ihre Strafe besteht in zwei Jahren Gefängniß und die üblichen Nebenstrafen auf dieselbe Zeit.

—d. Breslau, 22. Octob. [Volksversammlungen.] In dem Local von Scholz fanden gestern Abend 3 sogenannte Volksversammlungen statt, von denen die beiden ersten polizeilich aufgelöst wurden. Am Schlus^s der dritten Versammlung stimmten die Theilnehmer beim Fortgehen die Marcellaise an.

welcher sich seiner Bestrafung wegen der bei demselben vorgekommenen Veruntreuungen durch die Flucht entzogen, hat sich gestern Morgen $\frac{1}{4} 7$ Uhr freiwillig bei dem hiesigen Stadtgericht gestellt und befindet sich nunmehr dort in Haft. Wenn auch hierdurch nicht neue Fakte ans Tageslicht gebracht werden können, da seine Aussagen vollständig protokollarisch vorhanden, so werden doch endlich die Gerüchte widerlegt werden, welche sich seiner Zeit an die Flucht knüpften.

m. Sprottau, 21. October. [V рг. verschiedenes.] Hier hatte eine am Montag Abend von einem hiesigen jungen Manne unternommene Wette einen schlimmen Ausgang. Der Genannte, ein sonst fleißiger und nüchterner Mann, machte sich nämlich anheischig, dasselbe trinken zu wollen, was ein Bekannter von ihm vertrage. Beide hatten ein ziemliches Maß Branntwein getrunken; aber während der letztere von ihnen noch sich zu erhalten vermochte, musste der ersteren nach Hause geschafft werden, wo er am nächsten Morgen die Leiche in seinem Bettel angetroffen wurde. — Vor Kurzem meldete man der hiesigen Polizei einen Knaben, der obwohl noch schulpflichtig, als Vagabond in der Umgegend sich herumtrieb. Derselbe war schon vor einigen Monaten mit Gefängnis bestraft worden, hatte jetzt seine Eltern verlassen und streifte überall umher, die Nächte ebenfalls im Freien zubringend. Die Polizei wurde seiner habhaft und beförderte den Landstreicher nach einer ihm auferlegten Haft zur Schule. — Die Kartoffelernte ist hier mit Ausnahme der höher gelegenen und mehr leichten Böden eine so ergiebige, wie sie es seit lange nicht gewesen. Stellenweise hat es Stücke mit 50 bis 60 Kartoffeln und auf manchen Parzellen beläuft sich der Ertrag auf 120 Scheffel pro Morgen. Dabei sind die Knollen häufig von bedeutender Größe und meistens gesund.

Steinau a. d. O., 20. October. [Versuchte Gaunerei.] Zum
Warnung für Andere erlauben wir uns die heut in einem hiesigen kauf-
männischen Geschäft versuchte Gaunerei der Öffentlichkeit zu übergeben.
Ein fremder Handelsmann fragt in den Morgenstunden des heutigen Tages
in einem hiesigen Laden nach, ob Wachs gelauft würde, welche Frage von
dem anwesenden Lehrling bejaht wurde. Nach kurzer Zeit erschien nun der
betroffende Gauner, 40 Pfund Wachs in einem Sack tragend. Unterbedenkt
erscheint auch der Herr des Geschäfts aus dem anstehenden Comptoir im
Laden, um sich von der Qualität des Wachses zu überzeugen und findet in
einem Sack die allerdings dem Gewicht nach richtigen, äußerlich dem Wachs
ähnlich sehenden Tafeln, welche zumeist absichtlich zerschnitten resp.
herbrochen waren. Bei genauerer Betrachtung und Untersuchung stellte es
jedoch heraus, daß es gar kein Wachs, sondern eine nach Harz riechende,
wahrscheinlich aus Harz und Kreide ic. gesetzte Masse war. Auffällig dabei
war auch, daß eine Tafel genau der anderen ähnlich sah. Wir warnen
durch die auswärtigen Geschäftleute vor diesem Gauner, da es ihm leid
gelungen ist, den betreffenden Geschäftsinhaber durch flehentliches Bitten
von seiner Verhaftung abzuhalten, indem er noch versprach, sofort das Weich-
bild der Stadt zu verlassen.

○ Katowitz, 20. October. [Gymnasium.] — Das Raubgesindel.
[Vaulichkeiten.] Der Besuch der unteren Klassen des hiesigen Gymnasiums ist so bedeutend, daß an Bildung von Parallel-Klassen gedacht werden mußte. Mit der Theilung der Sexta hat man den Anfang gemacht. Als Lehrer der 2. Sexta fungirt der mit 1. d. berufene Cand. prob. Herr Distowsky. Es beziffert sich die Schülerzahl incl. der einen Vorklasse auf 288 und befreuen davon VII. 32, die VIIb. 46, die VIa. 31, die V. 55, die IV. 49, IIIb. 32, IIIa. 17, IIb. 9 und IIa. 17. Ostern kommenden Jahres wird die Prima eröffnet. — Dem Raubgesindel, das unsre Gegend so unfehlbar macht, kommt man immer mehr auf die Spur. Die Voruntersuchungen ergeben, daß die zusammengehörige Diebsgesellschaft in der Umgebung von Katowitz vier und da, also zerstreut wohnen. In Gleiwitz sogar hat man dieser Zugehörige festgenommen. Gestern wurde eine umfassende Razzia im abliegenden Dorfe Zalence nicht ohne Erfolg gehalten. Auch nach Pleß hin sollen sich Mitglieder der Bande versteckt haben. — Die andauernde ehrliche Herbstwitterung läßt die in Angriff genommenen Neubauten rechtlich vorwärts kommen. Durch solche wird der neu zu bildende Wilhelmsplatz fast vollständig umgrenzt. Genannter Platz verspricht ähnlich dem Lauenienplatz in Breslau zu werden. Gegenwärtig wird der Platz canaliert und mit Einrichtungen zur Gasbeleuchtung versehen.

[Notizen aus der Provinz] * Muskau. Der Niederschl. Btg.[“] wird von hier geschrieben: Die Herzogin Wilhelm von Mecklenburg, geb. Prinzessin Alexandrine von Preußen, trifft zum Besuche des prinzipalen Hofes auf Schloß Muskau ein. Am 22. wird der General Feldmarschall v. Steinweg und Gemahlin Se. lönigl. Hoheit begrüßten, und am 24. d. M. langt Kronprinz von Dänemark mit höchsteiner Gemahlin und Kindern, zum längeren Aufenthalte auf Schloß Muskau an. Am 20. waren auch Fürst Reuß, und der Regierung-Präsident, Herr von Zedlitz, zum Diner beim

+ Liegniz. Das „Stadtbl.“ schreibt: Für die Entbedung des Freibergs, welcher am 2. September d. J. Abends gegen 8 Uhr, zwischen den Eisenbahnstationen Kaiserswalde und Bünzlau, in der Nähe des Dorfes Ober-Schönböhl, auf den Güterzug Nr. 116 einen Gewehrschuß abgefeuert hat, der anscheinend sogar gegen die auf der Locomotive befindlich gewesenen Beamten gerichtet war, da eine Kugel das eiserne Schüddach über ihnen von unten nach oben durchdrungen hat, ist seitens des Herrn Handelsministers eine Bräme von 10 Thalern ausgesetzt. Auf derselben Strecke ist bereits am 4. November 1872 eine Gewehrflugel gegen den von Breslau nach Berlin fahrenden Schnellzug abgefeuert worden, die das Fenster eines Personenwagens beschädigt hat.

Schreiberhau. Der "Bote" meldet: In unserem Orte wird jetzt eine neue meteorologische Station errichtet werden, und ist der wegen seiner populärwissenschaftlichen Vorträge in Schlesien in gutem Renommé stehende Lehrer Winkler daselbst mit der Verwaltung durch den Herrn Professor Dr. Dobe betraut worden.

Jauer. Unser Stadtbl. schreibt: In der Zudersfabrik zu Alt-Jauer ist vor einigen Tagen leider schon wieder ein Unglück passirt, das einem Arbeiter das Leben kostete. Der Arbeiter Maiwald aus Alt-Jauer hatte sich, um in die obere Räume des Fabrikgebäudes zu gelangen, des Fahrstuhles bedient, welcher leichter außerdem noch mit einer Quantität Zuder beladen war. Durch eine mangelhafte Handhabung der Vorrichtung beim Aufgang des Fahrstuhles ist es nun gelommen, daß derselbe mit großer Kraft gegen die Decke des fünften Bodenraumes geführt wurde, in Folge dessen der den Fahrstuhl tragende Riemen zerriß, so daß der Fahrstuhl mit seiner Last zur Erde herabstürzte.

Beuthen O.S. Unser Stadtblatt meldet: Von den bei dem Kattowitzer Kirchendiebstahl festgesetzten 4 Einfretern sind 3 in das bislang Ge-

jezt gehalten, und ist zu vermuthen, daß ihm wahrscheinlich noch andere Verbrechen zur Last gelegt werden, zu deren Erforschung man ihn dort vorläufig behalten hat.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universität-Sternwarte zu Breslau.				
October 21. 22.	Nachm. 2 U.	Mittag. 10 U.	Morg. 6 U.	
Aufdruck bei 0°	330 $''$.86	328 $''$.27	325 $''$.96	
Lufttemperatur	+ 12 $^{\circ}$ 0	+ 11 $^{\circ}$ 2	+ 8 $^{\circ}$ 4	
Dunstdruck	4 $''$.25	4 $''$.02	4 $''$.17	
Dunstättigung	76 p.Ci.	77 p.Ci.	100 p.Ci.	
Wind	W. 1	S. 1	W. 2	
Wetter	wolkig.	heiter.	bedeckt, Regen.	

Breslau, 22. Oct [Wasserstand.] D.-P. 4 M. 10 Cm. U.-P. - M. - Cm.

Berlin, 21. October. Von keiner Seite wurde heute der Versuch gemacht, die herrschende Strömung zu durchbrechen, oder der Börse eine andere als die bisherige lustlose Physiognomie zu geben. Die Nuancirungen, in denen sich die allgemeine Geschäftstendenz zeigt, müssen außerordentlich fein markirt werden, wenn man überhaupt noch Abweichungen oder Unterschiede des einen Tages vom anderen constatiren will. Bei so genauer Unterscheidung verdient der Charakter des heutigen Geschäfts die Bezeichnung mattheit. Die Geschäftsstille hat zugenommen und wenn auch ein lebhafteres Angebot zu vermissen blieb, so waren doch die Coursreductionen auf allen Gebieten recht zahlreich, denn nur herabgesetzte Notirungen vermochten den Käufer willfähriger zur Aufnahme zu machen. Einigermassen trugen die starken Gold-

abflüsse aus der Bank von England, die in den letzten Tagen aus London gemeldet wurden, zur allgemeinen Verstimmung bei. Hier bei uns zeigten sich die Geldverhältnisse wiederum etwas leichter. Das Liquidationsgeschäft nimmt langsam seinen Anfang, die Prolongationsäste blieben in gestriger Höhe, gewähren aber noch keinen festeren Anhalt, um über den wahrscheinlichen Gang der Regulirung irgend welche Schlüsse ziehen zu können. Die Speculationspapiere internationale wie locale, waren trotz der meist ermäßigten Notirungen nicht so matt, als es der Gesammtcharakter der Börse hätte erwarten lassen. Die Rückgänge bei den internationalen Effecten blieben innerhalb einer Grenze von 1 bis $1\frac{1}{2}$ Thlr. In Oesterr. Staatsbahn hatte das stärkere Angebot, wie es gestern herrschte, nachgelassen, dafür waren heute Lombarden sehr schwach. Oesterr. Creditactien glichen zum Schluß die erst umfangreichen Courseinbuße wieder etwas aus. Disconto-Commandit gingen zu niedrigem Course nur in sehr beschränktem Maße um, 183, ult. $183\frac{1}{2}$ — $2\frac{1}{4}$ — $2\frac{3}{4}$. Actien der Dortmunder Union waren verhältnismäßig fest, 46 $\frac{1}{2}$, ult. 46 $\frac{1}{2}$ bis 46 bis 46 $\frac{1}{2}$. Laurahütte trat zu weichendem Course in ziemlichen Verkehr, 138, ultimo 139— $137\frac{1}{4}$ —138. Die Oesterr. Nebenbahnen verharren auch heute in sehr matter Stimmung, die von Oesterr. Nordwestbahn ihren

Ausgang nahm, nur Galizier waren von Anfang an recht fest und stützten sich dabei auf die in der letzten Woche erzielten günstigen Einnahmen. Die auswärtigen Staatsanleihen war das Geschäft sehr schwach und die Tendenz keineswegs fest. Österreichische Renten geschäftsflos. Italiener vernachlässigt, Ungarische Schatzanweisungen II. Emission 91% bez. und Od., Türken sehr matt; auch für Amerikaner war die Stimmung weniger günstig. Russische Werthe sehr still, nur Centralpfsandbriefe beliebt, Preußische und andere Deutsche Staatspapiere fast ganz außerhalb des Verkehrs. Das Geschäft in Eisenbahn-Prioritäten war sehr eingeschränkt und konnten sich die bisherigen Notirungen nicht überall voll behaupten. Ähnliches ist von dem Eisenbahnenmarkte zu sagen, woselbst durchgehend eine ausgesprochen matte Haltung Platz gegriffen hatte. Berlin-Dresdener Stamm-Prioritäts-Aktion 93%, Banfacien waren sämmtlich recht matt und wurden überhaupt nur sehr wenig gehandelt. Productenbank und Handelsbank belebter und anziehend, Geraer, Braunschweigische und Ritterfachstliche Privatbank rege, Bergisch-Märkische, Danziger Bankverein und Amsterdamer Bank höher. Industriepapiere wenig fest, meist ganz geschäftsflos. Bockbrauerei und Landré steigend, Westende offerirt, Deutsch-Holländischer Bauverein besser, Hoffjäger belebt, aber durch Executionsverläufe gedrückt, Lindenbauverein höher, City sehr fest, desgl. Hartmann fest und beliebt. Union Webers nachlassend. Montanwerthe matt. Um 2½ Uhr sehr matt. Credit 142, Franz. 183, Lomb. 83, Disc.-Comm. 181, Laura 136, Dortmunder Union 45%.

Berlin, 20. October. [Congress Deutscher Landwirth e.] Am Sonntag und Montag hielt der Ausschuss des Congresses Deutscher Landwirth hier eine Sitzung. In derselben kam wiederum der Antrag des Präsidenten des Congresses, Herrn v. Benda, auf Verschmelzung des Congresses mit dem Deutschen Landwirtschaftsrath zur Verathung. Auch hier wurden diese Anträge des Präsidenten hart bekämpft und schließlich mit 18 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Herr v. Benda sah diesen Beschluss des Ausschusses als ein ihm gegenüber ausgesprochenes Misstrauens-Votum an und legte in Folge dessen sein Amt nieder. Die Versammlung trat hierauf sofort in die Wahl eines neuen Präsidenten und wurde hierbei der Rittergutsbesitzer von Rath-Lauersford einstimmig gewählt. Zum zweiten Präsidenten wurde Herr von Wedell-Malchow gewählt. Beide Herren erklärten die Wahl annehmen zu wollen. Es wurde sodann beschlossen den nächsten Congress für das letzte Drittel des Monats Februar einzuberufen. Als Tagesordnung für den Congress wurde festgestellt: 1) die Arbeiterfrage mit der Unterabtheilung der Behandlung des Contractbruches 2) der Stand der gesammten Steuerfrage und 3) die Frage wegen der Schöpfengerichte.

Berlin, 21. October. [Deutscher Landwirtschaftsrath.] Bei der heutigen Verhandlung des deutschen Landwirtschaftsraths stand die Frage der Gesetzgebung über contagiose Krankheiten bei Thieren (Lungenseuche, Röhr- und Wurmfrankheiten) auf der Tagesordnung. Herr Korn-Breslau referierte über die Beschlüsse der Commission und empfahl dieselben zur Annahme, da die Commission bei ihren vorjährigen Beschlüssen stehen geblieben und den Weg der Reichsgesetzgebung zur Erledigung dieser Frage als den einzigen zum Ziel führenden anerkenne. — Correferent Herr Poppe-Meddeburg hielt eine Entschädigung von einem Drittel des Werths für zu niedrig; die Entschädigung für lungentranke Thiere durfte am zweckmäßigsten durch eine Viehsteuer aufgebracht werden, für Röhr- und Wurmfrankheiten dagegen müßte der Staat aufkommen. Der Correferent ist im Uebrigen für möglichst hohe Entschädigung, um auf diese Weise die Verheimlichung zu unterdrücken. Gegen den vorgeschlagenen Wege der Reichs-Gesetzgebung hat auch er nichts zu erinnern und empfiehlt deshalb auch seinerseits die Beschlüsse der Commission zur Annahme. Dieselben werden hierauf einstimmig angenommen. — Den

zweiten Gegenstand der Tages-Ordnung bildete ein Antrag des sächsischen Landeskulturrathes: „Der Landwirtschaftsrath wolle geeigneten Orts die Beurlaubung von Soldaten zur Erntezeit, bezüglich Hinauschiebung der Truppenübungen bis nach vollendeter Ernte zu erwirken beschreibt sein.“ — Referent hr. v. Wahdorff Soll schwiz kann sich seinerseits mit dem Antrage, wie er vorliegt, nicht ganz einverstanden erklären, da die Schwierigkeiten nicht zu erkennen seien, welche einer Verschiebung der Herbstübungen entgegenstehen. Er empfiehlt deshalb nur den ersten Theil des Antrages zur Annahme dahin gehend, daß Reichskanzler-Amt zu erüben, sich dahin zu verwenden, daß eine möglichst ausgedehnte Beurlaubung solcher Soldaten, welche zu landwirtschaftlichen Arbeiten geeignet sind, zur Erntezeit gestattet werde. — In der hierüber eröffneten Discussion unterstützt Herr v. Wedell-Malschow den Vorschlag des Referenten: Herr v. Stein-Sachsen-Meiningen wünscht die Feststellung des Lohnsatzes für die Urlauber durch die Kriegsministerien. Hr. Haussburgtheilt mit, daß nach seinen Informationen über diesen Gegenstand das Kriegsministerium sich zu einer Verordnung der Übungen nicht bereit finden lassen werde, da wegen der im Spätsom-

mer häufig eintretenden kalten und nassen Witterung eine Verschiebung im Interesse der Mannschaften und Pferde unmöglich sei. — Auf den Antrag des Herrn Grafen Winzingerode (Provinz Sachsen) geht die Versammlung unter Motivirung ihres Beschlusses durch Constatirung der Thatachen, daß Beurlaubungen während der Erntezeit stets bereitwillig seitens der Truppencommandeure erfolgt seien, — über die Anträge zur Tagesordnungrüber. — Herr Professor Richter Tharand macht hierauf Mittheilung über den Erfolg der vorjährigen Beichthe des Landwirthschaftsraths in Bezug auf die landwirthschaftliche Reichsstatistik, nach welcher der größte Theil der Beschlüsse seitens des Reichslandzleramts eine umfassende Verücksichtigung gefunden. — Demnächst wurde auf den Vorschlag des Herrn Griepenkerl Braunschweig Herr Baron Nordeck zu Rabenau durch Acclamation zum Stellvertreter des Vorsitzenden an Stelle des ausschiedenen Herrn von Wolfanger gewählt, und nahm derselbe die Wahl dankend an, und genehmigte sodann die Versammlung, daß der Statat des Jahres 1874, welche in Einnahme und Ausgabe auf 3050 Thlr. abschließt, in gleicher Höhe auch auf das Jahr 1875 ausgedehnt werde. — Ein Antrag des Herrn von Buggenhagen wegen Vermehrung der Vertretung Braunschweigl. der Provinz Lommern im Landwirthschaftsrath.

von mehreren Seiten belämpft, schließlich jedoch von der Versammlung die Nothwendigkeit einer Vermehrung der Vertretung für die Provinzen Hannover und Nassau anerkannt und beschlossen, eine Commission zu ernennen mit dem Auftrage, der nächsten Versammlung eine dem entsprechende Vorlage zur Beschlussfassung zu unterbreiten. — Den Schluss der heutigen Verhandlung bildete die Eisenbahnfrage in Bezug auf den Transport von Thieren und die Bestimmungen des neuen Betriebs-Reglements vom 11. Mai 1874. Nach langerer Discussion wurden auf den Antrag des Correferenten Herrn Pabst (Bayern) die folgenden Resolutionen zum Beschluss erhaben: 1) a. die Beförderung von Rindvieh, insbesondere bei weitesten Transporten von Buchvieh, hat auf Verlangen ohne Erhöhung der Fracht thunlichst mit den Personenzügen resp. gemischten Zügen oder Vieh-Express-Zügen stattzufinden. b. die Viehtransport-Wagen müssen mit gerieften, das Ausgleiten verhindernnden Fußböden versehen sein. c. Offene Viehtransport-Wagen dürfen nicht unmittelbar hinter dem Läander der Locomotive placirt werden. d. auf Verlangen des Absenders müssen zum Viehtransport insbesondere von Buchvieh, von der Bahnhuberwaltung gedeckte Güterwagen gestellt werden, bei welcher Vorlehrung für den gehörigen Luftwechsel im Innern dieser Wagen getroffen ist. e. Einzelne Nutzhiere, insbesondere kleines Vieh ist mittels Frachtfriet und ohne Begleitung auch auf größere Entfermungen anzunehmen und zu befördern; die Bahn-Verwaltungen sind verpflichtet, für die Verpflegung der betreffenden Thiere nach specieller Anordnung und auf Kosten des Absenders oder Empfängers zu sorgen, und ist bei diesen Viehtransporten die nach § 57 des Betriebsreglements vom 11. Mai 1874 für Gilgüter geltende Expeditionsfrist auf ein Minimum zu beschränken. 2) Die Bestimmungen des jetzt gültigen Eisenbahn-Betriebsreglements werden geändert, namentlich: a. Im dritten Absatz § 44 die Beträge der Maximalentschädigungssätze dem jetzigen Werthe der Nutzhiere entsprechend erhöht, wobei für Mastvieh dessen Gewicht zu Grunde gelegt werde. b. Im vierten Absatz des § 44 der Zuschlag zum tarifmäßigen Transportpreise bei vom Aufgeber der Thiere erfolgten Werthsdeclaration nicht 1 pro Mille der ganzen declarirten Summe für jede angefangene 150 Kilometer der ganzen Transportstrecke nicht übersteigen darf, sondern daß dieser Zuschlag nur analog der Bestimmungen des im § 68 desselben Reglements für Güter nicht $\frac{1}{10}$ pro Mille übersteigen darf. 3) Eine der Einschleppung contagioser Krankheiten immer wirksamer entgegentretende Desinficirung der Eisenbahnwagen in Uebereinstimmung mit allen deutschen Staaten werde eingeführt, wonach die Bahnhuberwaltungen verpflichtet sind, die Viehtransportwagen nach jedesmaliger Benutzung zu desinfectiren, ohne daß dem Versender dadurch Kosten erwachsen. 4) Der Landwirthschaftsrath hält für erforderlich, daß eine Bestimmung im Betriebsreglement aufgenommen werde, um einer Ueberfüllung von Thieren bei der Verladung entgegenzutreten. 5) Eine Einrichtung zu empfehlen, wobei auf eine Langfallung, wie auch auf eine Tränung und Fütterung der Thiere und eine mögliche Entfernung der Excremente Rücksicht zu nehmen wäre. — Um 4 Uhr wurde die Verhandlung auf Donnerstag Vormittag 10 Uhr vertagt.

Breslau, 21. October. [In dem Prozeß der hiesigen Action äre
der vormaligen rumänischen Eisenbahngesellschaft] gegen die
Concessionäre derselben, den Herzog von Ratibor, den Herzog von Ujest,
den Grafen Lehnstorff und Dr. Stroußberg, sind letztere durch Er-
kennniß des Reichsoberhandelsgerichts solidarisch zur Zahlung von 7½ p.C.
Zinsen auf die alten Actien verurtheilt worden.

Wien, 21. Octbr. [Die Einnahmen] der Elisabeth-Westbahn betragen in der Woche vom 8. bis zum 15. Octbr. 263,306 Fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahrs eine Mindereinnahme von 63,982 Fl. — Wocheneinnahme der Linie Neumarkt-Braunau-Simbach 18,733 Fl., Minder-
einnahme 1170 Fl. — Wocheneinnahme der Linie Salzburg-Hallein 2767 Fl., Mehreinnahme 84 Fl. — Wocheneinnahme der Linie Wien-Kaiserebersdorf 1395 Fl., Mindereinnahme 1425 Fl. — Wocheneinnahme der Linie Steindorf-
Braunau 2361 Fl., Mehreinnahme 825 Fl.

[Im Bereich des Vereins Deutscher Eisenbahn-Verwaltungen] sind während des dritten Quartals folgende neue Bahnstrecken dem Verkehrs übergeben worden;

1. In Deutschland

1. Juli	Biederitz-Zerbst (Berlin - Potsdam - Magdeburger Eisenbahn)	9,11	
18.	Marnheim-Kirchheimbolanden (Pfälzische Nordbahnen)	11,15	
1. August	Breslau-Kaudten (Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn)	75	
1.	Hohenzollernbahnstrecke Hechingen-Balingen (Württembergische Staatsbahn)	16,94	
14.	Saal-Insituibahn (im Betriebe der Nordhausen-Erfurter Bahn)	52,77	
15.	Donauwörth-Ingolstadt (Bayrische Staatsbahn)	53	
15.	Allgaubahnstrecke Leutkirch - Isny (Württembergische Staatsbahn)	15,9	
28.	Hainichen-Rohweiner Eisenbahn (im Betrieb der Kgl. Sächsischen Staatsbahn-Verwaltung)	19,95	
6. Septbr.	Bolmethylbahn-Strecke Dahl-Brügge (Bergisch-Märkische Eisenbahn)	14,26	
Gleichzeitig wurde die anschließende, bisher nur für Güterverkehr benutzte 9,53 Kilom. lange Strecke Hagen-Dahl dem Personen- und Privat-Depeisen-Verkehr übergeben.			
7. Septbr.	Gaschwitz-Meuselwitzer Eisenbahn (im Betrieb der Kgl. Sächsischen Staatsverwaltung)	27,6	
12. "	Landau-Annweiler (Pfälzische Eisenbahnen)	15,00	
		Summa	310,74

Außerdem wurde noch eröffnet
am 18. August der Ge-

am 18. August der Centralbahnhof zu Magdeburg und
am 21. September die Strecke Martha-Glaß (Oberschlesische
Eisenbahn) für den Güterverkehr.

2. in Österreich-Ungarn

20. Juli	Rosenau-Dobschau (Ungarische Staatsbahn)	Wertien
5. Septbr.	Die secundäre Bahn Voitsdorf-Deutsch-Bogdan (Österr. Staatsbahnen-Gesellschaft)	3,17
5. "	Gömörer Industriebahnstrecke Feled-Tiszalocz (Ungarische Staatsbahn)	6,14
		6,50

Rotterdam, 21. October. [Kaffee-Auction.] Die heute durch die niederländische Handels-Gesellschaft abgehaltene Auction von 100.640 Ballen

Ballen	Zusammenstellung.	Taxe		Ablauf.
		Cts.	Cts.	
1710	Java Preanger braun und hellbraun	77	—80	78½—81½
532	= gelb	65	—	67½—68
7472	= blank bis bläsig grünlich	60	—61	62—64
13684	= Tjilatjap blank bläsig	61	—64	63½—65½
2270	= blank	59	—60	59½—63
5940	= bläsig	56½	—59	58½—62
7360	= Tagal gut grün, grünlich	55½	—57½	57½—59½
7444	= Westind. Art grünlich	55½	—56	56½—57½
8709	= Solo gut grünlich	54½	—55½	56½—57
12081	= bläsig, grünlich	55	—56	56½—58½
22218	= Passarocean, Malang und Tenger	54	—55	54½—57½
6074	= Macassar bläsig, grünlich	50	—58	50½—61½
1726	=	52	—59	54½—59½

pr. Mai-Juni — Röhm. bez. — Gefündigt 4000 Ettr. Kündigungsspreis 60% Thlr. — Roggen loco 1000 Kilogr. loco 49—60 Thlr. nach Qualität gefordert, russischer 50—51% Thlr. ab Bahn bez., ordin. dito — Thlr. bez., inländischer 57—59% Thlr. ab Bahn bez., geringer inländischer — Thlr. bez., polnischer — Thlr. bez., pr. October 51%—51% Thlr. bez., pr. October-November 50%—50%—50% Thlr. bez., pr. November-December 49%—49% Thlr. bez., pr. December-Januar — Thlr. bez., pr. April-Mai 144—143% Röhm. — Gefündigt 12,000 Ettr. Kündigungsspreis 51% Thlr. — Gerste loco 55—66 Thlr. nach Qualität gefordert. — Hafer pr. 1000 Kilogr. loco 54—66 Thlr. nach Qualität gefordert, böhmischer — Thlr. bez., ostpreußischer 60—62% Thlr. bez., westpreußischer 60—62% Thlr. bez., neuer russischer 60—62% Thlr. bez., schlesischer — Thlr. bez., galizischer und ungarischer 54—59 Thlr. bez., pommerischer 61—64 Thlr. ab Bahn bez., meilenburger 61—64 Thlr. ab Bahn bez., pr. October 62% Thlr. bez., pr. October-November 58—57% Thlr. bez., pr. November-December 56% Thlr. bez., pr. December-Januar — Thlr. bez., per Frühjahr 164—165—164% Röhm. bez. Gefündigt 3000 Ettr. Kündigungsspreis 62% Thlr. — Erbsen: Kochsene 70—78 Thlr. bez., Butterware 65—68 Thlr. bez. — Weizenmehl Nr. 0 pro 100 Kilo Br. unverkennbar ist. Sad 9%—9% Thlr. Nr. 0 und 1 8%—8% Thlr. bez. — Roggenmehl Nr. 0 und 1; pr. October 7 Thlr. 23—24 Sgr. bez., pr. October-November 7 Thlr. 21—20 Sgr. bez., pr. November-December 7 Thlr. 15%—14 Sgr. bez., pr. December-Januar — Thlr. bez., pr. Januar-Februar — Röhm. bez., pr. April-Mai 21,9—21,8 Röhm. bez. Gefündigt — Ettr. Kündigungsspreis — Thlr. — Sgr. — Delfaaten: Raps — Thlr. Rübien — Thlr. nach Qualität. — Rüböl per 100 Kilo netto loco 16% Thlr. bez., mit Fas — Thlr. bez., per October 17% Thlr. bez., pr. October-November 17% Thlr. bez., pr. November-December 15% Thlr. bez., pr. December-Januar — Thlr. bez., per April-Mai 56,5—56,3 Röhm. bez., pr. Mai-Juni 57,5—57,3 Röhm. bez. — Gefündigt — Ettr. Kündigungsspreis — Thlr. — Leinöl loco 22% Thlr. — Petroleum per 100 Kilogr. incl. Fas loco 7 Thlr. bez., pr. October 6%—6% Thlr. bez., pr. October-November 6%—6% Thlr. bez., pr. November-December 6%—6% Thlr. bez., pr. December-Januar — Thlr. bez., pr. April-Mai — Thlr. bez. Gefündigt 150 Barrels. Kündigungsspreis 6% Thlr.

Spiritus pr. 10,000 Liter loco „ohne Fas“ 18 Thlr. 8—5 Sgr. bez., ab Speicher — Thlr. — Sgr. bez., „mit Fas“ pr. October 18 Thlr. 12—10 Sgr. bez., pr. October-November 18 Thlr. 12—10 Sgr. bez., pr. November-December 18 Thlr. 9—7 Sgr. bez., pr. December-Januar — Thlr. bez., pr. April-Mai 56,8—56,5 Röhm. bez. Gefündigt 20,000 Liter. Kündigungsspreis 18 Thlr. 12 Sgr.

Breslau, 22. Octbr. 9% Uhr Borm. Der Geschäftsvorlehr am heutigen Markt war im Allgemeinen schlepend, bei mäßigen Zufuhren und unveränderten Preisen.

Weizen, nur seine Qualitäten verläßlich, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 5% bis 6% Thlr., gelber 5% bis 6% Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen bei schwachem Angebot preishaltend, pr. 100 Kilogr. 5% bis 5% Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gefüste matter, pr. 100 Kilogr. 5% bis 5% Thlr., weiße 5% bis 6 Thlr.

Hafner mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. 5%—5% bis 5% Thlr.

Erbsen ruhiger, pr. 100 Kilogr. 6% bis 7% Thlr.

Widen behauptet, pr. 100 Kilogr. 6% bis 6% Thlr.

Rüpinen sehr fest, pr. 100 Kilogr. gelbe 4 bis 4% Thlr., blaue 3% bis 4% Thlr.

Bohnen mehr offerirt, pr. 100 Kilogr. 7% bis 8% Thlr.

Mais unverändert, pr. 100 Kilogr. 5% bis 5% Thlr.

Delfaaten gut behauptet.

Schlaglein nur billiger verläßlich.

Per 100 Kilogramm netto in Thlr. Sgr. B.

Schlag-Lemnacat. 7 15 — 8 7 6 8 17 6

Winter-Raps. 7 15 — 7 27 6 8 2 6

Winter-Rübien. 7 5 — 7 12 6 7 22 6

Sommer-Rübien. 7 5 — 7 15 — 7 25 —

Leindotter. 7 5 — 7 10 — 7 20 —

Rapskuchen preishaltend, schlesische 75—77 Sar per 50 Kilogr.

Leinuchen unverändert, schlesische 112—114 Sgr. per 50 Kilogr.

Kleesaat in matter Haltung, — neue rothe ordinäre 12—13 Thlr.

mittlere 13%—13% Thlr., seine 14—14% Thlr., höchste 15% Thlr. pr.

50 Kilogr. — weiße wenig zugeführt, ordinäre 15—16 Thlr., mittlere 17—18 Thlr., seine 18%—19 Thlr., höchste 19%—21 Thlr. pr. 50 Kilogr.

Thymothee ohne Umsch. 9—10—11 Thlr. pr. 50 Kilogr.

Wobl unverändert, pr. 100 Kilogr. unversteuert Weizen sein 10 bis 10% Thlr., Roggen sein 9%—9% Thlr., Hausbäden 8% bis 8% Thlr., Roggen-Duttermehl 4%—5 Thlr., Weizentkle 3%—4% Thlr.

Das 23. Stück des Reichs-Gesetzesblattes enthält unter Nr. 1014 die Verordnung, betreffend die Einberufung des Reichstags. Vom 20. October 1874; und unter Nr. 1015 die Bekanntmachung, betreffend die Ernennung von Bevollmächtigten zum Bundesrathe. Vom 5. October 1874.

Das 26. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter Nr. 8239 den Vertrag zwischen Preußen und Sachsen in Bet्रet der Übergang des Eigentums an der bisher der Leipziger-Dresdener Eisenbahn-Compagnie gehörigen Eisenbahnstrecke von der preußisch-sächsischen Landesgrenze bei Schleiden bis zum Bahnhof Leipzig an die Magdeburg-Cöthen-Halle-Leipziger Eisenbahn-Gesellschaft. Vom 26. August 1874; unter Nr. 8240 den Vertrag zwischen Preußen und Sachsen wegen Zulassung einer Eisenbahn von Nossen über Lommatzsch und Riesa nach Elsterwerda. Vom 26. August 1874; und unter Nr. 8241 den Tarif, nach welchem die Hafenzababen zu Altona, im Regierungsbezirk Schleswig, bis auf Weiteres zu erheben sind. Vom 21. September 1874.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Paris, 21. October, Abends. Ein Schreiben aus Madrid erklärt die Mittheilungen der „Augsb. Allg. Ztg.“, wonach Armijo in der jüngsten Note seiner persönlichen Politik folgte, für unbegründet; es versichert, die spanische Regierung billigte die Note vorher; zwischen dem spanischen Gesandten und der spanischen Regierung besthebe ein vollständiges Einvernehmen.

London, 21. October. Die Besitzer der Kohlengruben in Northumberland sind dahin übereingekommen, sich in der Frage wegen Herauslösung der Arbeitslöhne um 20 p.Ct. einer schiedsrichterlichen Entscheidung zu unterwerfen.

London, 21. October, Nachts. Heute herrschte ein heftiger Sturm in England und Schottland. Viele Häuser und Telegraphenleitungen wurden beschädigt. Der Dampfer „Chusan“ von Glasgow nach Shanghai scheiterte an der schottischen Westküste, wobei 11 von der Mannschaft umkamen.

Newyork, 20. October. Nach hier eingegangenen Nachrichten ist zwischen Spanien und der Regierung von San Domingo ein Handels- und Auslieferungsvertrag unterzeichnet worden. — Auf Cuba hat der Generalcapitán Concha die Erziehung derselben Insurgenten angeordnet, die mit den Waffen in der Hand gefangen genommen werden. — Wegen der Entschädigungsforderung der Unionregierung aus der Virginias-Angelegenheit hat sie mit Spanien noch keine Einigung erzielt; es gilt als wahrscheinlich, daß die amerikanische Seite erhobenen Schadensansprüche einem Schiedsgerichte zur Entscheidung überwiesen werden. Der englischer Seite geltend gemachte Entschädigungsbetrag ist von Spanien bezahlt worden. — Die Nachricht vom Eintreffen des deutschen Kriegsschiffes „Arcona“ aus einem Hafen der Samoa-Inseln behufs Geldeudmachung von Entschädigungsansprüchen hat noch keine weitere Bestätigung erhalten.

[Ein Hund auf der Bühne.] In dem Spektakeldrama „Richard Löwenherz“, das seit Kurzem im Drury-lane-Theater zu London mit großem Erfolg gegeben wird, spielt ein großer Neufindländer eine nicht unbedeutende Rolle. Im zweiten Act hält er die Wache auf dem St. Georgsberg bei englischen Banner, das ihm in der Abweichenheit von Sir Kenneth nach einem verfehlten Kampfe mit seinem Angreifer geraubt wird. Im letzten Act erkennt er, als auf König Richard's Befehl die Kreuzfahrer bei dem Hund und dem wiedergefundenen Banner vorüberziehen müssen, seinen Angreifer, fällt ihn laut bellend an und wirft ihn zu Boden. Am Ende des

Stüdes wird der vierfüßige Mime unschätzbar gerufen und erwidert den ihm zu Theil werdenden enthusiastischen Applaus mit freudigem Gelabe.

Berliner Börse vom 21. October 1874.

Wechsel-Courses.

Amsland-ZugOFI.	8 T.	3%	143% bz
do. do.	2 M.	4%	142% bz
Augsburg 100 FL.	2 M.	4%	56,20 G
Frankf. AM. 100 FL.	2 M.	5	—
Leipzig 10 Th.	8 T.	5%	89% G
London 1 Lst.	3 M.	4%	6,22% bz
Paris 200 Frs.	8 T.	4%	93% bz
Potsdam 100 SR.	3 M.	5%	94% bz
Warschau 90 SR.	8 T.	5%	91% bz
Wien 150 FL.	8 T.	4%	91% bz
do. do.	2 M.	4%	91% bz

Fonds- und Gold-Courses.

Freiw. Staats-Anleihe	4%	—
Staats-Anl. 4½% obige	4%	—
do. consolid.	4%	105% bz
do. 4½% obige	4%	99% bz
Staats-Schuldenche	3%	91% bz
Präm.-Anleihe v. 1855	4%	129% G
Berliner Stadt-Oblig.	4%	102% bz
do. rückz.	4%	100% bzG
Pommersche	3%	87% G
Schlesische	3%	84% G
Kur. u. Neumärk.	4%	95% bz
Pommersche	4%	97% bz
Pruessische	4%	97% bz
Westfäl. u. Elbm.	4%	98% bz
Sächsische	3%	93% bz
do. neu	4%	97% bz
Elsässer	4%	97% bz
do. neu	4%	97% bz
Oesterl.-Fr. St. E.	4%	97% bz
Oest. Nordwestb.	5	5
Oesterl. südl. St. B.	4	5
Ostpreuss. Süd.	6	6
Rechtd.-U.-B.-B.	6	6
Reichenberg-Feld.	5	5
Rheinische	9%	192% G
Märk.-Posener	0	0
Magdeb.-Halberst.	8%	6
Magdeb.-Leipzig	14	14
Oesterl.-Fr. St. E.	10	10
Oest. Nordwestb.	5	5
Oesterl. südl. St. B.	4	4
Ostpreuss. Süd.	0	0
Rechtd.-U.-B.-B.	6	6
Reichenberg-Feld.	4	4
Rheinische	9%	136% bz
Bernk.-Eisenbahn	3%	151% bz
do. neu	5	5
Oesterl.-Fr. St. E.	10	10
Oest. Nordwestb.	5	5
Oesterl. südl. St. B.	4	4
Ostpreuss. Süd.	0	0
Rechtd.-U.-B.-B.	6	6
Reichenberg-Feld.	4	4
Rheinische	9%	124% bz
Bernk.-Eisenbahn	3%	151% bz
do. neu	5	5
Oesterl.-Fr. St. E.	10	10
Oest. Nordwestb.	5	5
Oesterl. südl. St. B.	4	4
Ostpreuss. Süd.	0	0
Rechtd.-U.-B.-B.	6	6
Reichenberg-Feld.	4	4
Rheinische	9%	124% bz
Bernk.-Eisenbahn	3%	151% bz
do. neu	5	5
Oesterl.-Fr. St. E.	10	10
Oest. Nordwestb.	5	5
Oesterl. südl. St. B.	4	4
Ostpreuss. Süd.	0	0
Rechtd.-U.-B.-B.	6	6
Reichenberg-Feld.	4	4
Rheinische	9%	124% bz
Bernk.-Eisenbahn	3%	151% bz
do. neu	5	5
Oesterl.-Fr. St. E.	10	10
Oest. Nordwestb.	5	5
Oesterl. südl. St. B.	4	4
Ostpreuss. Süd.	0	0
Rechtd.-U.-B.-B.	6	6
Reichenberg-Feld.	4	4
Rheinische	9%	124% bz
Bernk.-Eisenbahn	3%	151% bz
do. neu	5	5
Oesterl.-Fr. St. E.	10	10
Oest. Nordwestb.	5	5
Oesterl. südl. St. B.	4	4
Ostpreuss. Süd.	0	0
Rechtd.-U.-B.-B.	6	6
Reichenberg-Feld.	4	4
Rheinische	9%	124% bz
Bernk.-Eisenbahn	3%	151% bz
do. neu	5	5
Oesterl.-Fr. St. E.	10	10
Oest. Nordwestb.	5	5
Oesterl.		